



Informieren statt behandeln: Die Fachärzte suchten gestern Vormittag am Rande des Wochenmarktes das Gespräch mit den Bürgern. Von den Passanten bekamen sie viel Zuspruch; die meisten waren bereit, eine Petition zu unterschreiben, die im weißen Ärztezelt vor dem Rathaus auslag. Foto: Hartleif

Von der Praxis auf die Straße

Fachärzte informieren auf dem Pfaffenhofener Wochenmarkt

Pfaffenhofen (sah) Besucher des Wochenmarktes haben gestern einen Stand mehr als üblich vorgefunden: Direkt vor dem Rathaus hatten die Fachärzte ein weißes Zelt aufgestellt, um die Bürger von 8 bis 12 Uhr über ihre Situation zu informieren.

Statt in der Praxis auf die Patienten zu warten, standen sie nun frierend auf der Straße und suchten das Gespräch mit den Passanten. „Wir haben bisher eigentlich nur Unterstützung erfahren“, sagt der Orthopäde Dr. Eugen Braun, einer der Organisatoren der Informationsveranstaltung, die Teil ist der Aktionswoche des Ärztenetzes GOIN.

Die meisten Patienten waren gerne bereit, eine Petition an den Bundestag zu unterschreiben, die im weißen Ärztezelt auslag. „Jetzt müssen Sie uns nur noch sagen, welche Partei wir wählen sollen, damit das besser wird“, fragte ein Mann, der gerade seine Unterschrift auf die Liste gesetzt hatte.

„Wenn man die Arzthonore mit dem Stundenlohn eines Handwerkers vergleicht, bekommen die Ärzte viel zu wenig“, sagt ein Patient, der ebenfalls gerade unterschrieben hat. Ein anderer Passant will dagegen nichts von der Petition wissen. Er ist verärgert darüber, dass die Beiträge zur Krankenkasse steigen und sein Arzt immer weniger Zeit für ihn hat.

Das zu erklären, ist gerade das Anliegen der Ärzte. Denn wenn Kassenpatienten mehrmals im Quartal kommen, zah-

len die Fachärzte in der Regel drauf, erklärt Braun, der seinen Arztkittel über die warme Jacke gezogen hat. „Wir Orthopäden rechnen mit Einbußen von 30 bis 40 Prozent“, sagt er. Sollten die neuen Honorarregeln nicht zurückgenommen werden, müsse er eventuell Personal entlassen. „Außerdem können wir dann weniger Sprechstunden für

Kassenpatienten anbieten“, so Braun weiter. „Wir rechnen mit deutlichen Einbrüchen, aber es ist momentan noch schwierig, es genau einzuschätzen“, sagt die Internistin Dr. Madeleine Croissant. Sie und ihr Kollege haben sich zwar der Aktionswoche der Fachärzte angeschlossen; Patienten mit festem Termin, die teilweise schon seit drei Mona-

ten auf der Warteliste stehen, würden aber nicht abgewiesen. „Wir wollen den Streit ja nicht auf dem Rücken der Patienten austragen“, sagt sie. „Wir wollen sie nur aufrütteln.“ Dazu haben die Fachärzte am kommenden Samstag erneut Gelegenheit. Dann nämlich wollen sie noch einmal im weißen Kittel vor dem Rathaus auf die Straße gehen.

Was halten Sie vom Streik der Ärzte?



Harald Baier (48) aus Pfaffenhofen, Industriekaufmann: Ich stehe hundertprozentig hinter den Forderungen der Ärzte. Ich selbst stand wegen des Streiks noch nicht vor verschlossenen Türen, denn die Aktionen waren ja immer angekündigt. Was ich nur merke ist, dass sich mein Arzt jetzt weniger Zeit für mich nimmt. In seinem Wartezimmer hängt ein Plakat. Darauf steht, dass er nur etwa 30 Euro pro Quartal pro Patient bekommt. Da verstehe ich natürlich, dass er irgendwo sparen muss.



Ines Pfeifer (41) aus Scheyern, EMB-Beraterin: Die Beiträge für die Krankenkassen steigen ständig, aber die Versorgung nimmt ab. Meiner Meinung nach ist genug Geld da, aber es läuft in die falschen Kanäle. Man müsste deshalb die Verteilung der Beiträge kontrollieren. Sonst werden wir bald auch noch für die Kinder gewisse Leistungen selbst bezahlen müssen. Für den Streik der Fachärzte habe ich volles Verständnis. Die bekommen wirklich zu wenig Geld für ihre Leistungen.



Heinz Döllner (66) aus Pfaffenhofen, Rentner: Natürlich habe ich Verständnis für die Ärzte. Die tun schließlich Gutes für die Menschen und sollen dafür auch ihr Geld bekommen. Meiner Ansicht nach leisten die Ärzte mehr als die Politiker, und die kriegen das Zehnfache an Gehalt. Als ich vor dem Stand von den Ärzten angesprochen wurde, war ich gleich bereit, die Petition an den Bundestag zu unterschreiben. Wer Leistung bringt, soll sie auch bezahlt bekommen.